

//BESCHLUSS//

Stellungnahme zum Antrag von SPD, Bündnis 90/Die Grünen: Schule muss der Vielfalt sexueller und geschlechtlicher Identitäten gerecht werden - Persönlichkeitsentwicklung der Kinder und Jugendlichen fördern - Diskriminierung vorbeugen

Datum: 26.09.2014

Beschreibung: Stellungnahme

Inhalt:

Der Deutsche Gewerkschaftsbund Niedersachsen (DGB) und seine Mitgliedsgewerkschaften unterstützen nachdrücklich den Antrag der Fraktionen der SPD und von Bündnis 90/Die Grünen „Schule muss der Vielfalt sexueller und geschlechtlicher Identitäten gerecht werden – Persönlichkeitsentwicklung der Kinder und Jugendlichen fördern – Diskriminierung vorbeugen“.

Der Antrag der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen greift ein wichtiges Anliegen auf. Sexuelle und geschlechtliche Vielfalt sind aktuelle Themen in der Gesellschaft und bereits in der Schulwirklichkeit angekommen. Im Unterricht streifen diese Themen immer zugleich familiär und kulturell erlernte Haltungen sowie religiöse Anschauungen von den Schülerinnen und Schülern wie auch von den Lehrkräften.

Angesichts der Schätzungen aus der Statistik, dass etwa zehn Prozent aller Menschen lesbisch, schwul, bi-, trans- oder intersexuell sind, ist die Anzahl der Beschäftigten in den Schulen bzw. der Schülerinnen und Schüler, die sich dazu bekennen, sehr gering. Dies hat weniger mit der Überzeugung zu tun, dass die sexuelle Neigung und das Zugehörigkeitsgefühl zu einem Geschlecht als Privatsache angesehen werden, die in der Schule nichts zu suchen habe. Der Grund ist vielmehr häufig darin zu sehen, dass dieser Personenkreis Angst vor der Reaktion auf das Outing hat. In dem Ratgeber der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) „Raus aus der Grauzone – Farbe bekennen. Lesben, Schwule und Trans-Lehrkräfte in der Schule“ wird betont, dass bei Lehrerinnen und Lehrern „hierbei das Vorurteil, dass lesbische Lehrerinnen und schwule Lehrer ein sexuelles Interesse an Schülerinnen und Schülern hatten, sexuell übergriffig seien oder diese sexuell missbrauchten, eine große Rolle spielt. Die Klischees, offen lebende Lesben und Schwule würden Jugendliche zu ihrer Orientierung verführen, ein Coming-Out sei als unprofessionelles Vorgehen zu werten, stellen ihre Eignung für pädagogische Berufe in Frage.“

Schülerinnen und Schüler machen zudem vielerorts die Erfahrung, dass Begriffe, die von der Mehrheit bestehende Sexualität und Geschlechtsidentität abweichen, als Schimpfwort und Beleidigung gebraucht werden – häufig unwidersprochen.

//BESCHLUSS//

Die Konsequenzen aus einer verheimlichten oder unterdrückten sexuellen/geschlechtlichen Identität sind zwar individuell unterschiedlich, aber in den allermeisten Fällen negativ für die Betroffenen. Sie leiden unter permanentem Stress, was zu vermehrten gesundheitlichen Beeinträchtigungen, psychisch wie physisch, und in der Regel zu abfallenden Leistungen führt. So kommt eine Befragung unter schwulen Lehrern im Rahmen einer Masterarbeit an der Universität Oldenburg im Jahr 2010 zu dem Ergebnis, dass „Schlaflosigkeit, Depressionen, Kopfschmerzen bis hin zu Angststörungen und Suizidgedanken“ häufig genannte Symptome und Krankheiten unter schwulen Lehrern darstellen, „von denen mehr als die Hälfte glaubt oder es nicht ausschließt, dass sie dies nicht hätten, wenn sie heterosexuell wären.“ Die Schaffung eines Klimas von Offenheit, Akzeptanz und Toleranz in Bezug auf sexuelle und geschlechtliche Vielfalt ist daher von zentraler Bedeutung für die schulische und außerschulische Lebenswelt.

Um dies zu erreichen, müssen Aus- und Fortbildungsangebote der Lehrerinnen und Lehrer angepasst und erweitert werden, um die Kolleginnen und Kollegen zu befähigen, das Thema im Unterricht anzusprechen. Denn auch für Lehrerinnen und Lehrer bedeutet der professionelle Umgang mit Themen der geschlechtlichen und sexuellen Vielfalt im Unterricht eine unterschiedliche Herausforderung, je nach den eigenen biographischen Hintergründen. Gleichzeitig bedarf es einer entsprechenden Sensibilisierung, um Outing-Prozesse angst- und vorurteilsfrei gestalten zu können. Projekte, wie die im Antrag erwähnte Arbeit von SchLAu Niedersachsen, sind dabei äußerst nützlich und werden von den KollegInnen sehr geschätzt.

Auch die weiteren im Antrag angesprochenen Aspekte weisen in die richtige Richtung. Bei den rechtlichen Rahmenbedingungen sind nicht nur die Kerncurricula und die Ausbildungsverordnungen in dem hier skizzierten Sinne weiterzuentwickeln, sondern es sollte auch ein Blick auf das Schulgesetz gerichtet werden. Beispielhaft kann hier § 96 NSchG genannt werden: Die Schülerinnen und Schüler sollen demnach „ihr Verständnis für Partnerschaft, insbesondere in Ehe und Familie, entwickeln“ – die „Eingetragene Partnerschaft“ fehlt an dieser Stelle.

Darüber hinaus befürworten der DGB und seine Mitgliedsgewerkschaften eine Stärkung der professionellen Handlungskompetenz der Lehrerinnen und Lehrer durch die Vermittlung von Genderkompetenz als Schlüsselqualifikation in den Lehramtsstudiengängen sowie in der Weiterqualifizierung/ Fort- und Weiterbildung, auch und insbesondere für Mitglieder der Schulleitungen. Die Aneignung von Genderkompetenz sollte in Standards, Rahmenvereinbarungen, Gesetzen, Verordnungen und Erlassen zur Lehramtsausbildung verankert sein. Das Kultusministerium und das Ministerium für Wissenschaft und Kultur müssen die hierfür erforderlichen zusätzlichen Ressourcen für Aus-, Fort- und Weiterbildungen in ihren jeweiligen Haushalten absichern.